

ZUR SACHE

Allzu kühne Erwartungen



Nach einer mehr als zehnjährigen Reise hat die Raumsonde Rosetta das Mini-Labor Philae auf dem Kometen 67P/Tschurjumov-Gerasimenko abgesetzt. Jetzt liefert Philae Daten.

Pannenfrei ist der Ausflug der Raumsonde Rosetta zum Kometen 67P/Tschurjumov-Gerasimenko – den die Wissenschaftler mittlerweile wie einen guten alten Freund «Tschury» nennen – nicht vonstatten gegangen. Ihr Landegerät Philae hat zwar auf dem Kometen aufgesetzt, danach aber noch zwei Hüpf gemacht, weil es mit der Verankerung nicht so geklappt hat wie geplant. Trotzdem ist die Mission Rosetta ein grosser Erfolg, und zwar auch für die Schweiz, die viele technische Geräte entwickelte. Auch die Ostschweiz kann sich freuen: Die Objektiv zur Kamera auf Philae stammen aus St. Gallen, die Kabel aus Herisau. Und in der Sonde steckt Frauenfelder Know-how.

Das Bängen im Kontrollzentrum der Europäischen Weltraumagentur ESA in Darmstadt hat auch sein Gutes: Es zeigt, wie diffizil derartige Unternehmungen sind. Allein schon, dass Rosetta den kleinen Kometen nach zehn Jahren Flug in 500 Millionen Kilometern Entfernung präzise getroffen hat, lässt nicht nur Laien staunen. Noch spektakulärer ist, wie präzise all die technischen Geräte mit- und nebeneinander funktionieren.

Raumfahrt erfordert einen langen Atem. 1985 hatte die ESA die Erkundung eines Kometen in ihr Programm «Horizont 2000» geschrieben, fast dreissig Jahre später ist sie am Ziel. Was dieses Ziel nicht nur technisch, sondern wissenschaftlich wert ist, das muss sich noch zeigen. Vielleicht nehmen einige Wissenschaftler den Mund etwas gar voll, wenn sie erklären, «Tschury» werde neue Erkenntnisse liefern zur Entstehung des Sonnensystems und erklären, wie das Leben auf die Erde gekommen ist. Dafür ist das Leben denn doch eine zu komplizierte Sache.

Rolf App
rolf.app@tagblatt.ch

PRESSESCHAU

Die Fifa liess einen Bericht zu den WM-Vergaben verfassen – und erntet für das Ergebnis viel Kritik.

TagesAnzeiger 18 Monate Untersuchung, 75 befragte Zeugen, 200 000 Seiten Material, ein Bericht von 430 Seiten, Kosten in Millionenhöhe. Und am Ende sieht der Richter der Ethikkommission der Fifa keinen Grund, Russland die WM 2018 und Qatar die WM 2022 wegzunehmen. Das Urteil überrascht nicht. Hatte ernsthaft jemand gedacht, es lege sich einer mit Russlands Präsident Putin an? Hat jemand geglaubt, die arabische Welt werde mit einem Nein zu Qatar blossgestellt, gerade jetzt, da sie derart in Aufruhr ist?

DW Deutsche Welle Die Fifa wirkt wie eine Reinigung, die schmutzige Wäsche herausgibt und sie für weiss verkaufen will. Warum wird der Öffentlichkeit der vollständige Garcia-Bericht vorenthalten? Der Verdacht liegt nahe, dass Garcia unbequeme Wahrheiten herausgefunden hat, die einen Persilschein für die WM-Ausrichter von 2018 und 2022 unmöglich machen könnten – und dass dieses Material womöglich auch nicht zu dem Bild passt, das die Fifa und ihr Chef Joseph Blatter von sich selbst zeichnen wollen.

TAGBLATT

Leitung Regionalmedien: Jürg Weber

Chefredaktion: Philipp Landmark (Chefredaktor); Silvan Lühinger (stv. Chefredaktor; Leitung Ostschweiz am Sonntag); Bruno Scheible (stv. Chefredaktor; Regionalleiter); Jürg Ackermann (Blattmacher); Sarah Gerteis (Leitung Online-Redaktion)
Erweiterte Chefredaktion: David Angst (Leitung Thurgauer Zeitung); Daniel Wirth (dwi, Leitung St. Gallen/Gossau); Andreas Bauer (Dienstchef)

Verlag und Druck:
St. Galler Tagblatt AG, Fürstenlandstrasse 122
Postfach 2362, 9001 St. Gallen. Telefon 071 272 78 88

Leitung Marketing und Verlag: Christine Bolt

Verbreitete Auflage: WEMF 2014 128 569 Ex.

Inserate: Publicitas AG, Fürstenlandstrasse 122, 9001 St. Gallen. Tel. 071 221 00 21, Fax 071 221 03 30
www.publicitas.ch – E-Mail: tagblatt@publicitas.ch
Urs Bucher, Leitung Werbemarkt

Die vielen Ausreden der Politiker

Pariser Abgeordnete bekämpfen das Bankgeheimnis der Schweiz mit allen Mitteln. Ausser, wenn sie es selbst benützen: Drei französische Politiker sind mit Konten am Genfersee erwischt worden.

STEFAN BRÄNDLE/PARIS

Es war nur ein kleines Bankkonto, aber es stellt die ganze Pariser Nationalversammlung auf den Kopf. Sein Besitzer war Lucien Degauchy, ein Abgeordneter der konservativen Grosspartei UMP. Der Parlamentarier ohne Fehl und Tadel ist Gegenstand einer richterlichen Ermittlung wegen Steuerbetrugs: Er hatte ein Konto bei der Genfer Kantonbank unterhalten, ohne es dem französischen Fiskus anzugeben.

Degauchy rechtfertigt sich, sein Vater habe das Bankkonto 1981, als François Mitterrand ins Elysée eingezogen sei, eröffnet. Denn der sozialistische Präsident habe allen Gewerbetreibenden – Degauchys Vater war Gemüsehändler – «Angst gemacht». Die 100 000 Euro hätten aber jahrelang auf dem Konto geschlummert, ohne benützt worden zu sein. Abgesehen vom Umstand, dass die Pariser Medien das Kontovolumen eher mit 200 000 Euro angeben, amüsieren –

oder ärgern – sich die Franzosen über die Ausreden des bekannten Abgeordneten. Viele fühlen sich an Jérôme Cahuzac erinnert, der als ehemaliger Budgetminister namentlich für die Bekämpfung der Steuerflucht zuständig gewesen war – bis er 2013 selbst die Existenz eines UBS-Kontos zugeben und den Hut nehmen musste. Oder an Thomas Thévenoud, Ex-Minister für Aussenhandel, der diesen September seinen Job verlor, weil er keine Steuern zahlte; das erklärte er damit, er leide eben unter «administrativer Phobie», habe also einen Horror davor, Steuer- und andere Formulare auszufüllen.

Die Schlinge zieht sich zu

Um sein Wahlversprechen der «republikanischen Mustergültigkeit» zu erfüllen und die verheerende Wirkung der Cahuzac-Affäre einzugrenzen, hatte Staatspräsident François Hollande schon 2013 einen «hohen Rat der Transparenz» eingesetzt. Dieser verlangt von insgesamt 8000 Mi-

nistern, Parlamentariern und Spitzenbeamten genaue Vermögensklärungen. Jetzt hat der Rat die Namen von drei Vertretern der Nationalversammlung an die Justiz weitergeleitet. Degauchy, der bekanntere neben Bernard Brochand und Bruno Sido, erklärt, er habe das Konto bei der Genfer Kantonbank schon Ende 2013 aufgelöst. Ein Hagelsturm habe das Treibhaus seines Sohnes zerstört, weshalb er das Geld gebraucht habe.

Auch darüber können viele Franzosen nur lächeln: Ende 2013 war die Vermögensklärung im Zuge der Cahuzac-Affäre gerade in Kraft getreten. Degauchy versuchte damals, die sich zusammenziehende Schlinge von sich zu wenden, indem er mit Parteifreunden eine Amnestie für reumütige Steuerflüchtlinge anregte: Sie hätten pauschal fünf Prozent der rückgeführten Gelder an den Fiskus abtreten sollen. Der Vorschlag fand keine Mehrheit; er zeigt aber rückblickend immerhin, dass einige Parlamentarier ihre Gesetzesvorstösse of-

fenbar auch auf ihre eigenen Bedürfnisse zuschneiden.

«Alle korrupt»

Hollande kommt die neue Steueraffäre gelegen: Nach den Sozialisten Cahuzac und Thévenoud sind nun drei UMP-Parlamentarier betroffen. Nutzniesserin ist einmal mehr Marine Le Pen, welche die etablierten Politiker «tous pourris» (alle korrupt) nennt. Und langsam nistet sich diese alte Behauptung des Front National in den Köpfen ein: Laut Umfragen halten zwei Drittel der Befragten «die Politiker» generell für korrupt.

Dieser Befund beruht auf falschen Annahmen, stellen die sechzig nachgeprüften Parlamentarier doch nur eine Minderheit der fast tausend Deputierten und Senatoren dar. Acht aufrechte UMP-Abgeordnete hatten kürzlich verlangt, dass jeder Kandidat ein Steuerzertifikat einreichen müsse, um wählbar zu sein. Nur so lasse sich der miese Ruf der französischen Politiker korrigieren.



Beliebter Zufluchtsort für französische Politiker: Filiale der Genfer Kantonbank.

Bild: ky/Martial Trezzini

PODIUM

König Midas und die Gold-Initiative

Der mythische König Midas wünschte sich, dass alles zu Gold werde, was er anfaste. Doch sein Traum wurde bald zum Albtraum, als sogar sein Essen zu Gold wurde. Kurz vor seinem Hungertod musste er die Götter um das Ende dieses Goldrausches anflehen.

Dem fatalen Goldrausch von Midas sind auch die Initianten der Gold-Initiative erlegen. Sie wollen die Schweizer Nationalbank (SNB) mit einem Goldfluch belegen, der niemandem nützt, aber der die SNB in goldene Fesseln legt und damit unserem Land schwer schadet.

In Kanada – für den Krisenfall

Die Gold-Initiative will nämlich die Handlungsfähigkeit der SNB mit drei Forderungen einschränken. Sie verlangt, dass die Goldreserven der SNB ausschliesslich in der Schweiz gelagert werden, dass die SNB in ihrer Bilanz jederzeit mindestens 20 Prozent Goldreserven hält und dass die SNB nie mehr Goldreserven verkaufen darf. Diese Forderungen greifen die Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit der Nationalbank frontal an. Dabei gefährden sie unsere Währungsstabilität und vernichten ein System, das über Jahre hinweg zu weltweitem Erfolg verhalf.

Doch der Reihe nach: Die erste Forderung, alle Goldreserven in der Schweiz zu bunkern, geht schon zu weit. Unsere Nationalbank besitzt aktuell rund zehn Prozent ihrer Aktien in Gold. Sie leisten zwar eine sinnvolle Krisenvorsorge. Doch diese verlangt auch, dass die Goldreserven nicht alle am gleichen Ort gelagert werden. Heute liegt ein (kleiner) Teil des SNB-Goldes in England und Kanada. Nur so ist sichergestellt, dass auch im Krisenfall Gold sofort

Die Nationalbank braucht keine goldenen Fesseln, sondern Handlungsfähigkeit.

zur Zahlung genutzt werden kann. Die zweite Forderung nach einer Mindestquote von 20 Prozent Goldanteil ist noch schädlicher. Sie schafft ein teures Klumpenrisiko und schränkt die Handlungsfähigkeit der SNB stark ein. Seit den 1970er-Jahren existiert kein Goldstandard mehr. Der Goldpreis kann also frei schwanken, und er tut es auch erheblich. Das birgt Ausfallrisiken in Milliardenhöhe. In den

vergangenen Jahren machte die SNB bereits 15 Milliarden Franken Verlust – Grund dafür war der sinkende Goldpreis. Mit der Gold-Initiative verstärkt sich das Risiko stark, denn je mehr Goldreserven die SNB besitzt, desto höher werden ihre Ausfallrisiken. Doch es kommt noch schlimmer: Fällt der Goldpreis zusammen, ist die Nationalbank verpflichtet, noch mehr Gold anzukaufen, um den Mindestanteil von 20 Prozent an den Aktien zu sichern. Der Nutzen der Forderung ist hingegen nicht ersichtlich.

Im Rausch fast erstickt

Die dritte Forderung nach dem Verkaufsverbot schliesslich ist absolut unsinnig. Was nützt ein (teurer) Brandlöscher, der nie eingesetzt werden darf? Solche «Reserven» kann man gleich auf Null abschreiben. Schneller kann man Werte gar nicht vernichten. In Kombination mit der Mindestquote von 20 Prozent ist die Forderung sogar fatal. Denn wächst die Bilanz der SNB, muss sie Gold kaufen (siehe oben). Reduziert sich die Bilanz, kann sie es aber nicht verkaufen. Bei jedem Wellengang in der Bilanz kann der Pegel also nur steigen, nie fallen. Damit hat die SNB irgendwann

100 Prozent unverkäufliches Gold in ihrer Bilanz und wird in Gold erstarren wie einst König Midas.

Die Nationalbank braucht keine solchen goldenen Fesseln, sondern im Gegenteil Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit. Nur so kann sie ihren grundsätzlichen Auftrag ausführen: die Preise stabil zu halten und dabei gute Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft zu schaffen. Die Initiative setzt die Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit der SNB aufs Spiel und verunmöglicht ihr damit die Erfüllung ihres Auftrages. Die wirtschaftlichen Risiken sind enorm. Hüten wir uns vor dem Rausch des König Midas, der an seinem Gold fast erstickt wäre. Deshalb: Nein zur Gold-Initiative am 30. November.



Andrea Caroni
Nationalrat (FDP/AR)

Bild: Hanspeter Schiess